

Gemeinde Mehrstetten
Kreis Reutlingen

Bürgermeisteramt
Mehrstetten

Gemeinderatssitzung vom: 21.06.2019

Vorlage zu TOP: 4 öff.

Anlagen: -

SITZUNGSVORLAGE

Gegenstand: **Erklärung der Gemeinde Mehrstetten zum „sicheren Hafen“
– Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen,
die im Mittelmeer in Seenot geraten sind**

Sachverhalt

In den letzten Jahren sind Tausende Menschen bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer gestorben. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR sind 2.262 Flüchtlinge im Jahr 2018 bei der Fahrt über das Mittelmeer ums Leben gekommen oder gelten als vermisst. Im Jahr 2017 waren 3.139 Todes-oder Vermisstenfälle registriert worden, 9 Menschen pro Tag. Die Dunkelziffer kann hier nicht einmal geschätzt werden.

Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Rettungsorganisationen wird zum Teil verhindert, z. B. in dem deren Boote nicht an Land anlegen dürfen. Viele Flüchtlinge mussten bereits mehrfach auf Hilfsschiffen im Mittelmeer ausharren, bevor sie z.B. in Malta an Land gehen durften. Außerdem werden Organisationen der Seenotrettung teilweise kriminalisiert.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke –Schafft sichere Häfen!“ protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen. Diese Initiative wurde von dem Berliner Verein Mensch Mensch Mensch e. V. gegründet. Viele Städte haben sich bereits solidarisiert. So haben zum Beispiel bereits die Städte Rottenburg, Reutlingen, Tübingen, Regensburg und Konstanz angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen und gegenüber der Bundesregierung politisch deutlich gemacht, dass sie die humanitären Ziele der zivilen Seenotretter*innen unterstützen.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Sitzungsvorlage saßen wiederum 43 Gerettete auf dem Rettungsschiff „Sea-Watch 3“ seit über 9 Tagen fest, obwohl sich bereits über 60 Kommunen bereit erklärten die Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Bürger*innen der Gemeinde Mehrstetten, insbesondere auch der AK-Asyl, sowie Gemeinderat und Verwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, zu integrieren und beim Ankommen zu unterstützen, auch jetzt bereits über die eigentliche Aufnahmeverpflichtung hinaus.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung kann der Eingabe einzelner Gemeinderäte folgen, hier ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden zu setzen, da auch sie der Ansicht ist, dass die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ein Ausdruck der Menschlichkeit ist. Deshalb folgt die Verwaltung dem Vorschlag, dass die Gemeinde Mehrstetten sich als „sicheren Hafen“ dazu bereit erklärt, freiwillig Flüchtlinge die aus dem Mittelmeer gerettet wurden aufzunehmen, wenn dem durch die zuständigen Behörden zugestimmt wird.

Auf Grund der Gesamtzahl von 1.425 Einwohnern (Stand Juni 2019), hält die Verwaltung den Vorschlag des Gemeinderats für angemessen, die zur Verteilungsquote für Asylsuchende zusätzliche Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen zunächst auf fünf Personen festzulegen.

Im Verbund mit anderen Städten und Gemeinden des Bündnisses, könnte so auch eine ausreichende Verteilung gewährleistet und für ein langfristiges Ankommen gesorgt werden. Für diese fünf Personen könnte die Gemeinde Mehrstetten ohne Weiteres alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung stellen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Gemeinde Mehrstetten unterstützt wie zahlreiche andere Städte und Gemeinden die Initiative „Seebrücke - Schafft sichere Häfen!“ und erklärt sich zum „sicheren Hafen“ und somit solidarisch mit Menschen auf der Flucht und der Initiative.
2. Die Gemeinde Mehrstetten (1.425 Einwohner) erklärt sich dazu bereit, im Falle einer von den zuständigen Behörden genehmigten Verteilung, fünf Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote für Asylsuchende aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind und teilt dies den zuständigen Behörden - insbesondere auch dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat - mit.
3. Die Gemeinde Mehrstetten sorgt, für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.
4. Der Gemeinderat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung der Menschen im Mittelmeer einzusetzen.

Mehrstetten, den 21. Juni 2019